

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Korrespondent: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Korrespondent: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei steter Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erhebung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Inserate kosten die nebengelegene Nonpareilspalte oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklamenspalte 3 M., Teuerungszuschlag 30 Pf. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Freitag, den 13. Dezember 1918

Nummer 53

Fehrenbachs Wühlarbeit.

Die Hohenzollern auch im Komplott?

Uns wird berichtet: Am 21. November fand in der Villa des Grafen Friedrich eine Unterredung zwischen ihm und der früheren Kaiserin einerseits und dem Admiral v. Sinsch andererseits statt. Am gleichen Tage wurde Fehrenbach in der Villa erwartet.

Der Plan der Einberufung des Reichstags dürfte bereits in dieser Unterredung festgelegt worden sein.

Das Kontrollrecht des Volkstages.

Nach dem Schluß der Tagungsperiode des Volkstages. Der deren ersten Teil wir schon in der Morgenausgabe berichtet haben, ist noch zu melden, daß in der Debatte über das Schreiben der Regierung, worin dem Volkstag das Kontrollrecht über die Reichsämter freilich gemacht wird, ein Redner betonte, die Kontrolle sei von den Beigeordneten der beiden sozialdemokratischen Parteien auszuüben. Die Besetzung der Ämter mit Reichsbeamten müsse aber durchweg durchweg in dem ursprünglich gedachten Sinne erfolgen, diese Männer dürften nicht als Unterstaatssekretäre fungieren, sondern als revolutionäre Kontrollinstanzen. Der Redner erklärte indessen entschieden, daß die Regierung unter keinen Umständen dem V. St. das Recht der Kontrolle absprechen könne.

Die Vertreter der Marine stellen fest, daß sie das Reichsmarineamt nicht nur kontrollieren, sondern die gesamte Geschäftsführung in ihren Händen haben. Demgegenüber wird von mehreren Rednern bemerkt, daß die Marine von Anfang an unter besonders günstigen Bedingungen gearbeitet habe; in allen Reichsämtern sei der Grundgedanke der Marine noch nicht durchführbar.

Die endgültige Erledigung dieser Frage wird dem Reichsausschuss überwiesen.

Tagung der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission unter Vorsitz von Genossen Kautsky hielt am 12. d. M. eine Sitzung ab. Geheimrat Professor Dr. Wiedenfeld, der bisher volkswirtschaftlicher Referent der Kriegswirtschaftsleitung gewesen ist, hielt ein einleitendes Referat über die Organisationen zur Bewirtschaftung der Rohstoffe während der Kriegszeit. In der Debatte wurde behauptet, inwiefern diese Gesellschaften in der Friedenszeit weiterbestehen werden können. Es wurde von verschiedenen Seiten festgestellt, daß man für die Uebergangszeit ohne dauerhafte Institute nicht auskommen könne. Weiter behandelt wurden die Fragen der Stilllegung und Zusammenlegung.

Drohungen der westfälischen Zentrumspartei.

Die Provinzialvertretung der westfälischen Zentrumspartei, wie von Hamm vom 12. Dezember gemeldet war, hat eine Entschliessung über die von Köln angeregte Frage der Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik angenommen, in der betont wird, daß die jetzigen Organe in Berlin bisher nicht imstande gewesen seien, Ordnung und Sicherheit im Reich wiederherzustellen und daß die von den Vertretern des preussischen Kultusministeriums bei Beginn ihrer Tätigkeit angekündigten, der geschlichen Grundlage entbehrenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens die heiligsten Gefühle der Anhänger der christlichen Kirche verletzen. Die Frage an sich sei noch nicht zur Entscheidung reif, es könnten indes Verhältnisse eintreten, welche die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Republik wünschenswert machen. Dann müßten aber möglichst alle Parteien herangezogen werden. Die Provinzialvertretung verleihe die unverzügliche Wahl zur Reichsnationalversammlung und zur preussischen Landes-

vertretung. Bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung sei der bestehende Reichstag als gesetzliche Vertretung des deutschen Volkes ohne Verzug einzuberufen. Sollte die Regierung nicht in kürzester Frist die Herbeiführung geordneter und gesetzlicher Zustände im Reich und in Preußen bewirken, so werde die Volksbewegung in den westlichen Landesteilen für die Trennung von Preußen in stark zunehmendem Maße machen und zur Gründung einer westlichen Republik als deutscher Bundesstaat führen.

Es wird Zeit, daß die Arbeiterchaft Westfalens diesen gegenrevolutionären Treibern des Zentrums einen recht kräftigen Dämpfer aufsetzt!

Das Zentrum für die Auflösung Deutschlands.

Die „Germania“ veröffentlicht eine Anfrage, die der Wählerleiter Herrert Engels erhielt, ob er an den Plänen des neuen Kultusministeriums mitarbeiten wolle. Eine Zentrumsvorstellung in Mülheim (Ruhr), der das Schreiben vorgelesen wurde, hat daraufhin folgende Entschliessung gefaßt:

Gegen die durch die Diktatur der zeitigen Machthaber in Berlin betriebene und geförderte Entchristlichung des Staates, die Verfolgung der religiösen Erziehung in der Schule und die beabsichtigte Trennung von Kirche und Staat protestiert die Zentrumspartei Mülheim an der Ruhr mit aller Entschiedenheit. Der antichristliche Geist dieser sogenannten Regierung bedroht uns in dem Bestreben, durch Errichtung der Rheinisch-Westfälischen Republik im Rahmen des großen Deutschen Reiches der Diktatur der kirchenfeindlichen Elemente in Berlin, die zum großen Teil nicht einmal deutscher Rasse sind, den wohlverdienten Garaus zu machen.

Das liberale Machtinteresse leidet, wie wir schon wiederholt betont haben, dem schwerindustriellen Profitinteresse bei seinen Zerplitterungsbestrebungen nach Kräfteverluste. Und doch wählte kaum eine Partei während des Krieges stärkere patriotische Töne anzuschlagen als gerade das Zentrum.

Französische Sozialisten gegen die Intervention in Rußland.

Zwei Thoner Blättern hatten am Mittwoch in der Kammer einige sozialistische Deputierte beabsichtigt, die Regierung über die Demobilisierung zu interpellieren. Der Unterstaatssekretär für Demobilisierung Deschamps gab darauf bekannt, daß vom 20. Dezember bis 6. Februar ein großer Teil der Territorialreserve entlassen wird. Deschamps erklärte im Namen der Regierung, daß der Interpellation nicht stattgegeben werde und stellte die Vertrauensfrage. Man könne nicht schneller demobilisieren, da sonst die Transportmittel überlastet würden. Die Sozialisten, namentlich Jean Bon und seine Anhänger, protestierten energisch. Die Vertagung ohne Festsetzung des Zeitpunktes sei unzulässig. Bewegung und lebhaftem Widerspruch wurde die Interpellation mit 335 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Raffort und Alexandre Blanc interpellierten über die Verhandlungen gegen Rußland zur Sprache. Pichon lehnte jede Interpellation ab, da sie ein Gebiet berührte, in dem die Verhandlungen mit den Alliierten im Gange seien. Er verlangte die Vertagung und stellte darauf die Vertrauensfrage. In außerordentlich energischem Ton und mit lebhaftem Beifall der gesamten Sozialisten erklärte Blanc: Die Expedition nach Rußland, wo immer noch gekämpft werde, sei eine glatte Verleugnung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Er möchte nicht, daß die französische Republik sich die Fomel: Gewalt geht vor Recht zu eigen mache. Rechte und Zentrum protestieren. Deschamps rief Blanc zur Ordnung. Blanc wolle sich auf einige Deputierte der Rechten stützen, wird aber von den Bedienten des Saales davon abgehalten. (Lauter Tumult.) Es ist erklärt sodann, fest vier Jahren habe die Regierung das Parlament und seine Ausschüsse vollkommen im Unklaren über die auswärtige Politik gelassen. Jetzt, da im Spontanz von Versailles die ernstesten Fragen, die jemals an die Welt herangetragen seien, erörtert würden, müsse das Parlament wissen, was die Vertreter der französischen Republik dort vornehmen werden. Raffort und Albert Thomas schloßen sich den Forderungen Cabanis an. Ebenfalls mehrere andere Sozialisten und Linkstradikale. Die Kammer steht jedoch schlicht unter dem Eindruck der Rede Clemenceaus über den Besuch in Esch-Lothringen und so wird auch diese Interpellation mit 337 gegen 141 Stimmen abgelehnt.

Der liberale Agent.

Mit skandalöser Leichtfertigkeit hat der Herr Fehrenbach gehandelt. Vorausgesetzt, daß er die Wahrheit nicht im Einverständnis mit der Entente handelt, geht aus seinen eigenen Worten hervor, daß er zu keinem hohen Posten gegen die revolutionären Behörden nur auf Grund von Zeitungsmeldungen ausgehört hat. Denn alle Nachrichten, daß die Entente mit der Regierung nicht verhandelt, daß die Auflösung der A- und S-Räte gefordert werde, sind Lügen.

Wir haben bisher gemeint, daß, was die deutsche Presse im Kriege auf Befehl von oben an Verlogenheit geleistet hat, nicht mehr überboten werden kann. Wir müssen gestehen, wir haben uns geirrt: seit der Revolution läßt sie sich nicht mehr bestechen, sie ist noch mehr, verblümdet sie noch mehr. Die Erziehung zur moralischen Verlotterung, die sie während des Krieges genossen hat, zeitigt jetzt erst ihren vollen Erfolg.

Die Blätter haben verkündet, daß der Waffenstillstand nicht verlängert werde, daß ein Ultimatum der Entente vorliege, daß die Auflösung der Räte, die Einberufung des Reichstags verlangt werde, und was der Lügen mehr sind. Der Waffenstillstand ist verlängert, von einem Ultimatum, von irgend welchem Versuch der Entente, sich in die inneren Verhältnisse Deutschlands einzumischen, ist nichts bekannt. Tut nichts, die Presse fährt in dieser Nachrichtenfabrikation fort.

Unterstützt wird sie dabei durch den ganz unholbaren Zustand, daß die amtliche Organisation der Zeitungslüge, wie sie im Kriege geschaffen worden ist, zum größten Teil noch besteht: das Kriegspressequartier ist wenigstens zum Teil aufgelöst, die Presseabteilung des auswärtigen Amtes aber, der Pressedienst der deutschen Auslandsvertretungen arbeitet in alter Weise mit den alten Mitteln, und arbeitet heute vor allem an der Verleumdung und Diskreditierung der deutschen Revolution und ihrer Behörden. Man weiß, daß mit deutschem und österreichischem Geld im neutralen Ausland Nachrichtenbüros und Zeitungen gekauft sind. In die werden von Berlin oder von den deutschen Auslandsvertretungen die Alarmanachrichten langiert, aus denen werden die Falschmeldungen über englische und französische Zustände, die dort auf Wunsch und gegen Bezahlung fabriziert werden, nach Berlin gemeldet. Die Berliner Presse weiß das genau, bringt alle Lügenmeldungen und erfundet neue.

Selten hat ein Blatt den Mut der Anständigkeit. So veröffentlicht die „Frankf. Sta.“ am Mittwoch einen Artikel ihres französischen Korrespondenten aus Genf, in dem es heißt:

Man hat der deutschen Presse aus dem neutralen Ausland Nachrichten übermietet, die, ganz oder teilweise erfunden, die öffentliche Meinung nur verwirren konnten. Am schlimmsten ist das abscheuliche Verhalten der französischen Militärbehörde gegenüber den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte angesehen worden. Man hat dem Marschall Foch und Clemenceau Ausfahrungen zugeschrieben, als ob sie entschlossen seien, niemals mit der Regierung einer sozialistischen Republik zu verhandeln, daß sie ihre Truppen nach Berlin schicken würden, um die Ordnung in Deutschland herzustellen und ähnliches. Derartige Ausfahrungen sind niemals gefolgt. Für die Regierungen der Entente ist die Ausführung des Waffenstillstandes eine militärische Operation und Foch hat seinen Generalstab angewiesen, nur mit Vertretern des deutschen Hauptquartiers zu verhandeln, die beim Abschluß des Waffenstillstandes ordnungsgemäß bevollmächtigt wären. Infolgedessen wurden die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte, die später in die Durchführung des Waffenstillstandes eingreifen wollten, abgelehnt. Die Militärbehörden der Entente erwidern in ihnen politische, aber keine militärischen Abgeordneten und lehnten jede Diskussion, die naturgemäß einen mehr oder weniger militärischen Charakter angenommen hätte.

In Wirklichkeit, heißt es an anderer Stelle, ist es Clemenceau ganz gleichgültig, ob wir in Deutschland zur bürgerlichen oder sozialistischen Republik übergeben. Unseren Regieren ist es ebenfalls gleichgültig, ob Deutschland sozialistisch oder republikanisch wird, ob Clemenceau in Paris

zum Kaiser oder Prinz Heinrich in Kiel zum Präsidenten der Republik ausgerufen wird. Für sie kommt es nur darauf an, daß Deutschland möglichst ohnmächtig aus den Friedensverhandlungen hervorgeht. Deshalb ist es geradezu ein Verbrechen, in diesem Augenblick angebliche Neuerungen Clemenceaus oder Kochs in Deutschland zu verbreiten zu dem einzigen Zweck, Stimmung zu machen gegen den Bolschewismus oder gegen den Sozialismus oder auch gegen die Republik, auf die es wohl in letzter Linie abgesehen ist.

Gerade um das Verbrechen aber handelt es sich bei Fehrenbach und seinen Spießgeiern. Sie haben es auf die deutsche Republik abgesehen, und deshalb nehmen sie die Lügenmeldungen zum Vorwand, um mittels des Reichstags die Macht über das betrogene, eingeschüchterte deutsche Volk an sich zu reißen oder Verwirrung zu stiften, die den Einmarsch der Entente bewirken soll.

Und dabei wirken alle bürgerlichen Parteien mit — freilich im Dunkeln. Uns würde es aber sehr interessieren, welche Parlamentarier denn eigentlich an der Verfassungsveränderung teilnehmen. Was ist's mit den führenden Herren der neuen demokratischen Partei, die doch auf dem Boden der Republik stehen? Was ist's mit den Herren Raumann und Konforten? Sind sie zu feig, zu ihren Taten zu stehen, warten sie erst den Erfolg ab?

Herr Fehrenbach handelt als Beauftragter der Merkanten, die Deutschland zerstückeln wollen, um aus seinem Gebiet katholische Machtgebiete herauszuschneiden. Aus daß gegen die Demokratie unterstützen ihn die Konservativen, trotz ihres orthodoxen Protestantismus. Vor die Wahl zwischen Geldbeutel und religiöser Ueberzeugung gestellt, entscheiden sie sich ihrer Natur nach für den Geldbeutel, genau wie die alldeutschen Schwerindustriellen ihre nationale Ueberzeugung verraten.

Aber die Demokraten? Nun, sie sind Fleisch vom Fleisch des deutschen Bürgertums, halbflos und schwankend in allen entscheidenden Situationen, zuletzt doch immer auf die reaktionäre Seite fallend, wie ihr typisches Organ, das „Berliner Tageblatt“, das eigentlich den Reichstag herbeiwünscht, dem es aber doch vor den Folgen graut. Aber wir denken daß Herr Fehrenbach und die bürgerlichen Parteien sich verrechnen werden. Ihr Komplott ist der Tat nach ein Appell an die Gewalt. Herr Fehrenbach fordert nicht nur den Reichstag, sondern auch den Bundesrat, das heißt in Wirklichkeit die Rückkehr der Fürsten mit dem Wilhelm an der Spitze. Denn die ernennen ja die Bundesratsmitglieder. Daß die Familie Wilhelms an dem Komplott von allem Anfang an beteiligt war, zeigt deutlich die letzten Absichten.

Aber die Gewalt muß man erst haben, und Herr Fehrenbach wird erfahren, daß er sie nicht hat. Den bürgerlichen Parteien aber wird das Proletariat den tödlichen Volkserrat nicht vergessen. Die Stunde der Abrechnung wird kommen.

Die unbeantworteten Notizen.

Die Bourgeoisie geht damit hausieren, daß die Entente-Regierungen die jetzige Regierung in Deutschland nicht anerkennen wollen. Den Beweis bietet sie schuldig, und das Kabinett hat in seiner Erklärung gegen Fehrenbach dann auch entschieden gegen diese leichtfertige, verlogene Behauptung Stellung genommen.

Die „Tägl. Rundschau“ meint demgegenüber, jeder Tag beweise es doch, daß die Notizen der „Volksbeauftragten“ nicht beantwortet werden.

Das ehrenwerte Blatt übersieht, daß die „Volksbeauftragten“ noch gar keine Notizen an die Entente gerichtet haben. Ging Herr Solf, der nicht zu den „Volksbeauftragten“ gehört, sondern noch zu den übriggebliebenen Säulen des alten Regiments zählt, hat die Entente mit einem wahren Notensegen überschüttet, zum Teil ohne Wissen und gegen den Willen der Volksregierung. Aus ihrer Nichtbeantwortung könnte man höchstens den Schluß ziehen, daß die Entente es ablehnt, mit dem eigenmächtig waltenden Herrn Solf zu verhandeln. Von irgendeiner Kundgebung, daß die Entente die Volksbeauftragten nicht anerkennen, ist nichts bekannt.

Der geistige Arbeiter im sozialistischen Staat.

Von Hellmuth Fallensfeld.

II.

Wirft man einen Blick in jene Schriften, mit denen die russischen Kommunisten ihren Standpunkt begründen, so fällt hier auf, daß es sich auch in diesen extremsten aller Programme nicht darum handelt, den Besitz mechanisch derart zu teilen, daß man eine Anzahl von Gegenständen überhaupt zerstückelt, um sie unter die Menschen zu verteilen. So versichert N. Bucharin in einer Schrift, daß man nicht die Eisenbahnen teilen könne, denn dann müßte es sich darum handeln, daß einer die Schwellen schleppe, ein anderer die Achsen stange, ein dritter die Schrauben, ein vierter die Waggon zertrümmere, um den Fleck zu heigen, ein fünfter den Spiegel zerstücke, um sich vor der Scherbe zu schützen. Ebenso wird die Anteilbarkeit jeder einzelnen Maschine behauptet und verteidigt. Nicht Teilung in Privateigentum, — ein des kleinen Arzmers allein würdiger Traum, — sondern kollegiale, auf Arbeit beruhende kommunistische Ordnung schwebt auch den extremsten unter den Sozialisten als Ziel ihrer Arbeit vor. Damit aber sind nun auch von der äußersten Linken die Gegenstände der Technik, die Werkzeuge, Maschinen, Arbeitsmittel der bisherigen Wirtschaft, in ihrer Realität und auch in ihrer Verwendbarkeit für den sozialistischen Staat anerkannt; die Umwälzung soll sich nicht auf die Arbeitsweise, die Arbeitsmethode, die Produktion — mittels dieser Gegenstände richten. Es ist wichtig, sich daüber klar zu werden, daß der Sozialismus nicht das zinsbringende Kapital, sondern den Kapitalismus angreift, nicht die Gegenstände und Maschinen der Wirtschaft, sondern das Wirtschaften mit diesen Gegenständen und Maschinen umändern und reformieren will. Damit aber ist denn auch gesagt, welche Reformen am geistigen Arbeiter im sozialistischen Staate vorzunehmen sind, wie weit diese Reformen zu gehen haben und wo das eigentlich Neue des geistigen Arbeiters im sozialistischen Staate zu liegen hat.

So wie die sozialistische Wirtschaftsordnung aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Dampfmaschine und das Automobil, den elektrischen Fächer und die Eisenbahn mit übernimmt, so übernimmt auch der geistige Arbeiter aus der kapitalistischen Geistesproduktion die Schule und das Museum, die Bibliothek und die Zeitung. Alle diese Institutionen, groß geworden in einer kapitalistischen Gesellschaft, lassen sich genau so wenig zerbrechen, wie die Eisenbahn. Die Korruption des Sozial-

Die Konterrevolution in Hamburg.

Hast zur gleichen Stunde, wo in Berlin der Anschlag auf den Volkstagrat ausgeführt werden sollte, taten sich in Hamburg Vertreter des Kapitals und der bürgerlichen Presse zu einer Verschwörung zusammen, die die Unterdrückung der Revolution und die Abfertigung der Arbeiter- und Soldatenräte zum Ziele hatte.

Der Urheber dieses Planes war der Redakteur des „Hamburgischen Korrespondenten“, Adler, ein gewissenloser Revoluzzerjournalist, obendrein ein Kriegsschieber, der, wie das „Hamburger Echo“ mitteilt, in der Türkei erfolgreich spekuliert hatte. Hinter Adler standen einflußreiche Kapitalisten, Militärs und offizielle Wortführer der bürgerlichen Politik, von Herr von Gerke, Direktor des Elektrizitätswerkes „Untereibe“, Rechtsanwalt Dr. Hansen und ein Kapitänleutnant A. D. Freyher von Steined. Auch der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Blum erscheint kompromittiert. Wie aus ihren inzwischen beschlagnahmten Papieren hervorgeht, stand ihnen eine halbe Million Mark zur Verfügung.

Redakteur Abt hatte die Aufgabe, die konterrevolutionären Pläne zu legen. Vor etwa 10 Tagen fragten ihn seine Auftraggeber an, ob er ihnen nicht Beziehungen zu Soldatenkreisen vermitteln könne, um mit deren Hilfe die entsetzlichen Mitglieder des Arbeiterrates zu beseitigen und Senat und Bürgerschaft wieder einzuführen. Daraufhin setzte sich Abt in Verbindung mit einem Majoren Jeller, der sich in den ersten Tagen der Revolution lebhaft an der Bewegung beteiligt hatte. Zu ihm gesellten sich noch zwei frühere Mitglieder der Presseabteilung des A- und S-Rates, Freund und Wolf. Die kurz zuvor wegen dunkler und unsauberer Geschäften aus dem Soldatenrat herausgeworfen worden waren. Vierzehn Mitglieder des A- und S-Rates sollten verhaftet werden, darunter vor allem der Vorsitzende, Gen. Lauffenberg.

Am Montag morgen sollten die vierzehn festgenommen werden. Den dabei mitwirkenden Soldaten waren 100 Mark pro Mann versprochen worden. Ferner war, zu gleicher Stunde, eine militärische Besetzung des Rathauses beabsichtigt. 100 Mann Artillerie gedachte man für diesen Zweck zu kaufen. Laufende von Flugblättern, mit dem Geiße der freigebigen Kapitalisten gedruckt, sollten unter den Massen zur Verteilung gelangen. Ein dieser Flugblätter war schon entworfen. „Wir Vertreter“, so sollte es heißen, „haben den heutigen Umsturz ins Werk gesetzt, um endlich Ruhe und Ordnung zu schaffen.“ Natürlich, um den Massen Sand in die Augen zu streuen, auch „Unterstützung der Regierung Ebert-Haase“. Und dann die Hauptsache: „Die terroristischen Führer sind von uns festgenommen und werden als Geiseln gehalten. Im Falle einer bewaffneten Gegenströmung gegen uns werden sie erschossen!“ Allen Anordnungen des A- und S-Rates nach diesem Putsch wird die Gesezeskraft abkannt.

Aber die Rührer hängen keinen, sie hätten ihn denn. Am Freitag, den 6. Dezember, fand eine Zusammenkunft Jellers mit seinen Komplizen statt. Da fand sich auch der liberale Herr Dr. Blum ein und der Polizeihauptmann von Nestorff, die jedoch der ganzen Sache recht mißtrauisch und ablehnend gegenüberstanden. Immerhin, die höchste Polizeibehörde war unterrichtet und hat nichts getan, um den verbrecherischen Anschlag zu verhindern. Sie ist durch ihr Schweigen zum Mitschuldigen geworden. Am Sonntag nachmittag, als sich die Vertreter zu einer letzten Besprechung vor der Tat versammelt hatten, wurden sie durch den A- und S-Rat festgenommen. Durch seine Wachsamkeit und Tatkraft ist der konterrevolutionäre Anschlag im Keime erstickt worden.

Am Montag vormittag versammelten sich auf dem Rathaus zu Hamburg die Delegierten der Land- und Marinekorps von Hamburg und Altona, um den Bericht des Soldatenratsmitgliedes Heise entgegenzunehmen. Kurz darauf fand auf dem gleichen Platze eine gewaltige Demonstration statt; Gen. Lauffenberg verkündete unter begeisterten Jubel der Demonstranten den Sieg der Revolution. Der A- und S-Rat wandte sich mit einer Proklamation an die Soldaten und Arbeiter und rief sie zu machtvollen Kundgebungen in allen Stadtteilen Hamburgs zusammen, die dem Willen der Massen lebendigen Ausdruck geben. Gen. Lauffenberg, der im überfüllten Gewerkschaftshaus sprach, daß die Hamburger Kapitalisten ihren Staatsstreich nicht zufällig für den Tag geplant haben werden, an dem gerade die englische Flottenkommission in Hamburg weilt. Sie wolle augenblicklich mit Hilfe der

Wirtschaft sich lediglich darauf, daß man mit diesen wie mit jenen anders und besser wirtschaftet. In der kapitalistischen Wirtschaftsjahresrechnung konnte man im wesentlichen drei Typen von geistigen Arbeitern unterscheiden: 1. Geistige Arbeiter als Staatsbeamte (Lehrer, Bibliothekare, Museumsbeamte, Hochschullehrer), 2. geistige Arbeiter im Dienste des Privatkapitals (Journalisten, Redakteure usw.) und 3. die eigentlich freien Schriftsteller, Künstler, Gelehrte. Diese dritte Klasse verächtelte es, ihre Dienste dem Staate zu leihen, vielmehr größtenteils aus dem Grunde, weil sie nicht Gläubiger der jeweils existierenden Weltanschauung des Staates waren, sie verachteten es aber ebenso, sich zu Bedienten der Privatkapitalisten zu machen, vielmehr, weil sie einen Widerspruch zwischen dem Wesen ihrer geistigen Arbeit und der in Geschäfts- und Bureaustunden sich organisierenden Arbeit der großen Presse usw. empfanden. Material war dieser freie geistige Arbeiter nun wiederum in seiner wirtschaftlichen Unorganisationsfähigkeit ein echtes Geschöpf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Denn der im besten Sinne geistige Produkte schaffende Arbeiter hatte zur Vorbedingung entweder den Ertrag eines noch dann betriebenen Großbetriebes oder den Hinterhalt eines Privatvermögens, das ihn ungehindert seinen geistigen Arbeiten nachgehen ließ. Wo ein freier geistiger Arbeiter dagegen durch seine Produkte in der Lage war, sich eine wirtschaftliche Existenz zu gründen, da geschah dies fast überall auf Kosten des sozialen Wertes dieser geistigen Produkte. Nur die für ein niedriges Niveau berechneten Theaterstücke, Romane, Schriften allgemeinen Inhalts brachten ihrem Verfasser die wirtschaftliche Sicherung seines Daseins, und die wenigen Ausnahmefälle, wo freie geistige Arbeiter mit Produkten von so hohem Wert ihr wirtschaftliches Auskommen fanden, sind im Verhältnis zu der großen Anzahl darobender „Proletarier mit dem Geiste“ so gering, daß sie außer Rechnung bleiben können. Auch was bisher an Stiftungen aus privaten Mitteln für Schriftsteller und Künstler geschahen ist, hat in wirtschaftlicher Beziehung seinen Zweck noch recht wenig erfüllt. Man braucht sich immer nur das Beispiel des in der Literaturgeschichte nun schon fast klassisch gewordenen, in der wirtschaftlichen Wirklichkeit darobenden Arno Holz zu veranschaulichen, um zu erkennen, daß auch das Los der geistigen Arbeiter vom sozialistischen Staat ebenso seine Besserung verlangt, wie das des Fabrikarbeiters. Freilich kann nun die Sozialisierung der geistigen Arbeitsweise nicht mechanisch so erfolgen, daß der Schriftsteller für sein Buch oder seinen Aufsatz mehr Honorar erhält, sondern die Reform muß darin bestehen, daß jene drei Typen geistiger Arbeiter, die wir zu Anfang nannten, und

Entente ihre Ordnung, die Ordnung des Profits, wieder aufzurichten suchen. Unter kaiserlichem Beifall forderte Genoff Lauffenberg, daß die sozialistischen Parteien angehalten dieser konterrevolutionären Bestrebungen sich nicht in kleintätigen Parteikämpfen gesplitteln, sondern sich auf einer gemeinsamen revolutionären Linie zusammenfinden sollten.

Potsdamer Provokationen.

Wir haben bereits in einer der letzten Nummern eine Mitteilung aus Potsdam gebracht, die auf allerlei Annahmen der militärischen Befehlshaber hinaus. Jetzt bestätigt und ergänzt diese Darstellung ein Bericht der bürgerlichen Presse, in dem es heißt:

Nach dem Einzug der ersten Gardebataillon in Potsdam haben sich Unzufriedenheiten eingestellt, die befürchten lassen, daß die bisherige Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gestört werden wird. Schon der Befehl des Kommandeurs des 1. Garde-Regiments Grafen Eulenburg, der Soldatenräte nicht zuläßt, hat bei unruhigend gewirkt. Ferner erregt es große Mißstimmung, daß diese Truppen nur bewaffnet die Kasernen verlassen dürfen, während anderen Truppen das Waffentragen untersagt ist.

In der letzten Nacht haben sich nun bedenkliche Erscheinungen bemerkbar gemacht. Gegen 4 Uhr morgens wurde am Rathaus Einlass begehrt. Der Wächter öffnete ohnungslos, und darauf drangen zehn bis zwölf Soldaten ein, die mit vorgehaltenem Revolver die Auslieferung der am Rathaus hängenden roten Fahne verlangten. Da der Nachwächter über die rote Fahne keinen Aufschluß geben konnte, begaben sich die Soldaten in das Dachgeschoss und erfernten die Fahne. Wo sie geblieben ist, konnte nicht festgestellt werden. In der Nacht ist weiter auf der langen Straße ein Fahnenmast mit einer roten Fahne umgestürzt worden.

Es wird festzustellen sein, auf wessen Veranlassung jene Soldaten die rote Fahne vom Rathaus erfernten. Und es ist höchste Zeit, daß die Eulenburg und Genossen von ihrem Platz entfernt werden, auf dem sie so wenig Verstand für den Geist der neuen Zeit bekunden.

Der Frankfurter Arbeiterrat gegen die gegenrevolutionären Warmnachrichten.

Bei Beginn der Sitzung des Arbeiterrates sprach Vizepräsident Dr. Singheimer über das konterrevolutionäre Vorgehen in der Presse. Fortdauernd würden über die Absichten des Feindes falsche Nachrichten in die Presse laufen. Der Redakteur wünscht, man möge die Reichsregierung telegraphisch erfragen, zur Beruhigung des Publikums mitzuteilen, auf Grund welchen Materials die Notizen über Aufhebung des Arbeiterrates und Einberufung des Reichstages entstanden seien. Die Regierung möge diesen Vorgehen entgegenstellen. In neutraler Haltung müsse man Leute schicken, die richtige Informationen über das geben, was wirklich draußen vorgeht. Das Telegramm soll auch an den Zentralarbeiterrat geschickt werden. Nach längerer Debatte wurden die Anträge Dr. Singheimers angenommen.

Die Resolutionsabteilung für Beschleunigung der Nationalversammlung.

Sie dauert an. Wo bürgerliche Organisationen zusammenkommen, haben sie nichts Besseres zu tun, als neben anderen auch sofortige Einberufung der Konstituante zu fordern. So die Vereinigung der Arbeitgeberverbände und die westfälische Zentrumspartei, deren Beschlüsse wir gesondert an anderer Stelle wiedergeben. Auch eine Delegiertenversammlung der Nachrichtentruppen Deutschlands in Berlin, die etwa 150 000 Mann vertreten will und die sich im übrigen „fest hinter die jetzige Regierung“ stellt und mit Erschließung der Umtriebe aller Parteien, die Aufrühr und Unordnung herbeiführen wollen“, bekämpfen will, erklärt eine frühere Einberufung der Nationalversammlung für „sehr wohl möglich und für die geglückte Fortentwicklung der sozialistischen Republik unbedingt erforderlich“.

Endlich hat auch die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und

die wir als die typischen Repräsentanten des Geistes innerhalb einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung ansprechen, mehr und mehr verschwinden und neuen Typen Platz machen. In dem Maße nämlich, wie Staatskapital und Privatkapital sich nicht mehr so isoliert gegenüberstehen, wie bisher, oder besser gesagt, wo der Staat durch die Nationalisierung in höherem Maße Kapitalist wird, während der Privateigentümer selbst sein Vermögen immer mehr und mehr als Rente des Staates ausbezahlt bekommt, tritt in dem Augenblick, wo der Staat als Gesamtheit der Menschen, die in ihm wohnen, so reich ist, daß er alle an ihrem Platze arbeiten lassen kann, und alle ihrer Arbeit entsprechend bezahlen kann, da muß sich auch ein Modus finden lassen, um die geistige Arbeit ihrem Werte nach, nicht mehr ihrer bloßen Popularität oder Verbreitung nach zu bezahlen. Es muß sich ein Modus finden lassen, daß der Verfasser schlechter Unterhaltungsromane nicht mehr tausendmal so viel verdient, wie der Verfasser wertvoller Dramen, der Schöpfer wissenschaftlich hervorragender Bücher. Es muß sich ein System finden lassen, das verhindert, daß der Verfasser wertvoller Operettenmusik Millionär wird, während der erste Sinfoniker oder Biederknopfsänger verhungert. Dies System kann freilich zunächst nur dadurch zustande gebracht werden, daß die geistige Arbeit nicht mehr als käufliche Ware auf den Markt geworfen wird, so daß ihr Erfolg lediglich von der Auffälligkeit abhängt, sondern daß die geistigen Produkte als solche sich zunächst einer staatlichen Kontrolle zu unterziehen haben, die ihren Wert von vornherein feststellt und von diesem Wert aus gehen den Schöpfer belohnt und bezahlt. Der Gedanke eines solchen Systems klingt zunächst unerhörte utopisch. Der Einwand, den man darauf erheben wird, wird der sein: Mit der Enttfernung der Werkstücke vom wirtschaftlichen Markte wird die lebhafteste Konkurrenz zwischen den einzelnen geistigen Arbeitern verschwinden, wird vor allen Dingen die Popularität der geistigen Produkte, die nur durch den Anseh des wirtschaftlichen Erfolges hindurchgeleitet wird, schwer leiden. Hierauf ist zu erwidern, daß freilich dem heutigen Kunst- und Literaturmarkt gegenüber ein solches System darum so unglücklich scheint, weil die wenigsten sich darüber klar sind, mit welchen Seiten ihres Seins sie jene auf den Markt geworfene geistige Ware aufnehmen. Nicht als geistige Produkte werden nämlich jene Erzeugnisse mit der Seele empfangen, sondern jene Einigungsgegenstände der geistigen Welt werden konsumiert mit derselben indifferenter Gemütsverfassung in höherem Sinne, wie man das tägliche Brot, wie man Schwarz und Genußmittel verzehrt. Die Vorbedingung also für ein System, in dem die geistige Arbeit nicht mehr nach ihrer

Teilnehmer Deutschlands in Berlin die folgende Entschliessung gefasst:

Angesichts der dem deutschen Wirtschaftsleben drohenden Gefahr hält es die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands, der die gesamte organisierte Unternehmerr- und Arbeiterkassen Deutschlands angehört, für dringend geboten, daß die Einberufung der Nationalversammlung beschleunigt wird, damit sich die wirtschaftlichen Verhältnisse sobald als möglich festigen.

Es ist natürlich großer Unfug, wenn eine solche Organisation wie diese Arbeitsgemeinschaft eine solche Resolution veröffentlicht. Sie ist nicht weiter als die Resolution ihres Vorstandes, der vor keinen Anspruch darauf machen kann, in dieser Frage alle Mitglieder der zusammengeschlossenen Organisationen hinter sich zu haben, der die Mitglieder auch gar nicht darüber befragt hat.

Eine Tagung Württemberger Soldatenräte.

Eine Tagung der Soldatenräte Württembergs beschloß, daß die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte jeden Eingriff in die staatliche oder Verwaltungstätigkeit zu vermeiden haben und daß die Vollzugsgewalt in den Händen der Regierung liegen müsse. Weiter wurde mit überwältigender Mehrheit ein Antrag angenommen, wonach das Tragen der Reichsfahnen weiter gestattet werden soll. In der Reichskonferenz der A- und S.-Räte in Berlin am 16. Dezember soll der Wunsch in bestimmter Weise zum Ausdruck gebracht werden, den Wahltermin der Nationalversammlung so weit als möglich vorzubelegen.

Unternehmer zu den „gegebenen Tatsachen“.

Die Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nahm in einer Sitzung am Donnerstag unter dem Vorsitz von Dr. Sorge nach einem Bericht von Dr. Längler eine Entschliessung einstimmig an, in der sie sich „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ stellt. Dafür fordert sie aber von der Regierung Wahrung von Ordnung und Freiheit des Wirtschaftslebens. „Gleichen des Volkes“ wird die Pflicht zur Arbeit eingeschärft, deren Erfüllung allein die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens bewirken könne; die Arbeiter sollen mithelfen, eine geordnete Produktion aufrechtzuerhalten und Forderungen entgegenzutreten, deren Erfüllung diese Produktion unmöglich machen und damit in erster Linie die Arbeiterkassen selbst am meisten schädigen würde.

Die Hinauschiebung der Sozialisierungs- und aller sozialpolitischen Maßnahmen fordern die Herren, indem sie behaupten, daß „übertriebene Regierungsmaßnahmen“ Besseres als die jetzigen Landesteile vom Reiche hervorgerufen hätten und auf den ersten die Zusammenhalt des Reiches bedrohten. Die Vereinigung verlange daher, daß „grundlegende politische und wirtschaftliche Maßnahmen nur im Wege geregelter Gesetzgebung und schärfster Maßnahmen zur Vorbereitung und nach ausreichender Anhörung aller Beteiligten erfolgen“.

Zum Schluß fordern die Unternehmer natürlich auch die „sofortige“ (!) Einberufung der Nationalversammlung. Jeder Tag der Pöherung bedeute den weiteren und wiederbringlichen Verlust unermeßlicher Werte und vermehre die Gefahr fremder Einmischung“.

Die Resolution läßt deutlich erkennen, wie ungenau die Unternehmer die „gegebenen Tatsachen“, d. h. die Revolution, anerkennen. Die Arbeiterklasse wird dafür zu sorgen haben, daß für die Herren diese Tatsachen künftig stets gegeben sind.

Gesetz über die Bildung einer Volkswehr.

Die Reichsleitung hat nach dem „Vormärts“ ein Gesetz über die Bildung einer Volkswehr beschloßen, das in seinem Gesamtinhalt folgendes besagt:

Die Bildung der Volkswehr erfolgt außerhalb des Rahmens des Heeres. Ihre Aufgabe ist es, die öffentliche Ordnung und Sicherheit auszuüben und zu erhalten. Sie beruht auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit, ihre Zahl und ihre Stärke wird nur von der Reichsleitung bestimmt. Ihre Mitglieder werden durch Handschlag auf die sozialistische und demokratische Republik verpflichtet. Der freiwillige Eintritt erfolgt zunächst auf sechs Monate, die Freiwilligen wählen ihre Führer selbst.

Künftig, bezahlt wird, sondern nach ihrem Werte, ist also zweifellos eine andere Einstellung gegenüber dem geistigen Produkt, als die meisten sie heute haben. Auch dies ist wieder ein Beweis, daß die richtig durchgeführte sozialistische Wirtschaftsordnung den Geist und die Produkte des Geistes nicht herniederzieht, sondern im Gegenteil fördert und hebt. Ja, man kann noch weiter gehen und sagen, daß in dem Augenblick die sozialistische Wirtschaftsordnung für die Dimension der geistigen Arbeit richtig durchgeführt ist, wo die geistige Arbeit ihrem Wert nach, nicht mehr ihrer Popularität nach bezahlt wird. Auch darf man nun nicht mehr ihrer Popularität würdigen, die geistige Arbeit würde ja heute schon ihrem vermeintlichen Werte nach bezahlt, denn was das Publikum am meisten auf dem Markt begehrt, dem spricht es doch damit den größten Wert zu. Diese Argumentation ist falsch, denn in unglücklichen Fällen wird sogar mit Bewußtsein vom Publikum das Wertlose, was für den Augenblick reizt, dem geistigen Wertvollen vorgezogen. Ein Problem dagegen bleibt nur, die Bestimmung jener Kräfte, die da über den Wert der geistigen Arbeit zu entscheiden haben sollen.

Der eiserne Bergmann.

Ist kennt doch wohl den eisernen Hindenburg in der Reichshauptstadt. Aus seinem eisernen Kleid wurde bared, gutes Geld, das vielen armen und bedrückten Menschenkindern, denen der Krieg nicht sonderlich gut mißfiel, zum besten dient. Ja, er war ein seines Wohlwollens, dieses Hindenburgs, weil es sich nur reichte, seine Leute leisten konnten. Jeder Nagel des saltenreichen Rodes und der goldenen Schrift, des langen Säbels und der Erden wurde Gold- und Silbergeld, viele tausend Mark. Nur Reiche konnten das für die geringe Scherlein beitragen zu der Summe, die der Staat nicht aufdrückte. Ja, so heißen die reichen Leuten den Armen.

O, jede Stadt hat jetzt ihr Almosendental, ihr Abgesehen privater Wohlthätigkeit. Hamburg und Stuttgart nagellen eisernen Roland, Emden den Kreuzerheiden, Potsdam das Einbild des Eisernen Kreuzes, und so weiter, ja, selbst die kleinsten Städte haben nicht zurück, wo der große Staat verjagt.

Auch Waldenburg, das keine schlesische Gebirgsstadt, in dem Tag und Nacht die Schorne rauchen, und auch und Kohlenhaus die Luft schwärzen, durfte in so frühen Zeiten nicht zurückbleiben. Es suchte sich einen Künstler, der Künstler model-

Die Mitglieder der Volkswehr werden, wie die übrigen Soldaten, bekleidet und ausgerüstet. Ueber ihre Gehaltsverhältnisse und ihre Abzüge erfolgt später eine besondere Verordnung.

Gegen Inhaftnahme von Geiseln.

Auf eine von der Firma Krupp eingereichte Beschwerde über die Inhaftnahme eines Mitgliedes des Krupp'schen Direktoriums, ist unter dem 11. Dezember von Berlin folgende Antwort eingegangen: Die Inhaftnahme als Geisel müssen wir aufs schärfste verurteilen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist um Bericht ersucht. Reichsregierung, Ebert.

Beschwerden der Polen in Polen.

Das Kommissariat des Obersten Polnischen Militärs in Polen hat an den Unterstaatssekretär v. Gerlach ein Telegramm geschickt, in dem es darauf aufmerksam macht, daß trotz aller Vorstellungen des II. und VI. Generalkommando Abteilungen des Heimes in polnischen Grenzgebieten. In Wilno wurde die Militärdiktatur proklamiert, in Stettin wurden Soldaten polnischer Herkunft aufgefassen. Das Kommissariat des Obersten Militärs erwarb telegraphische Nachrichten. Sollte bis zum 10. Dezember abends keine Antwort eintreffen, so würde man in einigen Kreisen die Lebensmittelausfuhr sperren.

In einer Mitteilung an die Presse sagt weiter das Kommissariat, daß das Verhalten des Heimes reaktionäre, gegenrevolutionäre und antipolnische Tendenzen verfolgte. Die Versendung dieser Truppen geschähe mit Wissen und Willen der Regierung und der Militärbehörden.

Auf das Telegramm des Kommissariats ist folgende Antwort eingelaufen: Ueber die Vorgänge in Wilno hat mir Sonntag ein dortiger entsandter Vertrauensmann berichtet. Die Abfuhr der Beamten des A- und S.-Rates ist alsbald rückgängig gemacht worden. Auf Grund des Berichtes über Wilno habe ich gestern beim Kriegsministerium allgemein die Anwesenheit von Offizieren im Osten beantragt, die ähnliche Übergriffe ausschließt. Auf Grund Ihres heutigen Telegramms beantrage ich sofort bei der Reichsregierung eine schleunige Sitzung mit allen beteiligten Instanzen zur endgültigen Regelung des Heimatschutzes. Ich bitte dringend, bis zum Ergebnis dieser Sitzung alle Maßnahmen von unübersehbarer Konsequenz, insbesondere betreffend Lebensmittellieferungen, auszusuchen. Sonnabend kommen Minister Girsch und ich nach Posen zur mündlichen Verhandlung.

Ministerium des Innern: v. Gerlach.

In Ansehung an dieses Telegramm hat das Kommissariat an die Bevölkerung die Mahnung gerichtet, ihre Rechte zu verteidigen, jedoch Ruhe und Ordnung zu bewahren. Das polnische Volk solle vertrauen, daß das Kommissariat alles tun werde, um die Lage aufzuklären und die Wünsche der polnischen Allgemeinheit zu verwirklichen.

Sozialistische Forderungen in Italien.

Die italienischen Sozialisten entfalten eine lebhaft propagandistische Tätigkeit gegen das herrschende System. In der Arbeiterkassen gibt es stark. Die Post-, Telephon- und Telegraphenarbeiter leisten passiven Widerstand wegen der Haltung, die der Postminister gegenüber ihren Forderungen einnahm. Im Zentralrat der italienischen Gewerkschaften und Arbeiterkassen wurde ein Programm angenommen, dessen Hauptpunkte lauten: Einberufung der konstituante, Abschaffung aller Militärmacht in der Leitung des Staates und Einführung der Republik, allgemeines, geheimes, direktes Wahlrecht ohne Unterscheid der Geschlechter und Verhältniswahl. — Der Zentralrat der sozialistischen Partei Italiens in Rom beschloß, nach einer Meldung des „L. A.“, den „Eintritt in die neue Phase des Kampfes wider die herrschende Klasse“, indem er „alle Vertreter des organisierten Proletariats“ auf den 22. Dezember nach Bologna, und die Vertreter „aller wirtschaftlichen und politischen Organisationen Italiens“ auf den 20. Dezember nach den Provinzialhauptstädten einberuft, um ihren Entschluß für die Verwirklichung des nachfolgenden Programms zu bestimmen: 1. die sofortige Demobilisierung des Heeres, 2. die sofortige Zurückziehung der Sol-

dierte. Und eines Tages veränderte ein hölzerner Bergarbeiter den größten Platz der Stadt. Ich glaube, daß der große Franzose Keunier bei der Geburt dieses hölzernen Kunstwerks Platz fand. Seine arbeitsmüden Glieder auf die schwere Spitzhaube gestützt, kniet der Bergarbeiter im Staube. Ein herrliches Bild, das so recht die Arbeit verkörpert. Natürlich, mit den großen Mitleidsgesichten eines Hindenburg oder Roland kann es der bescheidene Waldenburger Bergmann nicht aufnehmen. Sein Oberkörper ist entblößt, während der Mantel des Berliner Hindenburg edle Falten wirft, und auch das breite, zweischneidige Schwert eines Roland fehlt. Dennoch ist dieser Bergmann ein wertvolles Kunstwerk, ein wertvollstes natürlich den Waldenburgern, deren Werk er ist.

So stand dieser Bergmann auf dem großen Platz, und schaute ins Licht. Wackerheit hatte er schon erblüht. Der gute Bürgermeister kam und schlug den ersten Nagel in das weiche Holz. Und dann einer nach dem andern: Grubenbesitzer, Rechtsanwält, Prokurist und Kassierer mit und ohne bessere Hälfte, Gemeindegemeinde mit schlechter und besserer Besoldung, Landwirte, Bauern, alle kamen, alle wollten den Bergmann vernageln. Er ließ es ohne Widerspruch geschehen. Einmal kam sogar ein ganz weinlicher Kaufmann oder Reisender, und schlug fluchend auf den eisernen, nachdem er erst auf seinen Fingernagel geschlagen. Auch bärtige Lehrer und erliche Lehrertinnen mit allen ihren Schutzbefohlenen kamen, dann gab es regelmäßig mehr Gezänk als Gesloß. Selbst Soldaten fehlten nicht, diemiel auch ihnen das Geld loder sah.

Als sich der hölzernen Bergmann eines Tages besch, erkaunte er über sein Aussehen. Er war schon zu einem Teil mit Eisen beschlagen, und die Nägel erglänzten in schönstem Schmuck. Jeden Morgen, wenn erstes Frühlingslicht über den Häusern glänzte, schaute er jetzt bewundernd die weiteren Fortschritte an seiner Ausrüstung.

Aber dann geschah eines Nachts etwas ganz Furchtbares mit dem halbeisernen Einbild des He. In der Dunkelheit glitten schwarze Gestalten vorüber, wie leuchtende Funken flammten in ihren Händen die kleinen Grubenlampen. Sie alle kamen aus den Schächten, von der neuen Schicht abgelöst, und strebten nach Hause, wie allnächtlich. Aber sonderbar! Eine der Gestalten blieb zurück, stellte sich in das Dunkel der Häuser und wartete, bis der Menschenstrom vorüber war. Dann kam er heran und machte sich an seinem Einbild zu schaffen. Noch einige gedämpfte Schläge blühten durch die Stille, dann schritt er lächelnd davon.

Der Tag lag hinter den Häusern verjagt und fröhlich auf.

daten aus dem revolutionären Moskauer, 8. daß Recht auf die grundlegenden Freizeiten des Kulturlebens, 4. Amneist aller für politische und militärische Vergehen Verurteilten. — „Secio“ berücksichtigt das kürzlich im Zentralrat der italienischen Gewerkschaften und Arbeiterkassen angenommene Programm, dessen Hauptpunkte lauten:

Politische Nachrichten.

Ein Vertreterlag deutscher Volkspartei in der Provinz Posen hat am Donnerstag in Posen tagungsfunden. Er protestiert gegen die Ansprüche der Polen auf Posen, die gegen den Vorlauf und Sinn der Wilsonschen Punkte verstoßen sollen. In den Rat der Volksbeauftragten, die preussische Regierung und die Weissenhof-Kommission, sowie an Wilson wurden Proteste abgehandelt gegen den Versuch der Polen, den Entscheidungen der Friedenskonferenz vorzugreifen und einen Staat im Staate zu schaffen.

Die Tschechen in Deutschböhmen. Donnerstag abend wurde Karlsbad von 800 tschechischen Soldaten und 30 Offizieren besetzt. — Aus Gablitz wird gemeldet: Dem Begehren der Tschechen nach Einsetzung einer Verwaltungskommission, die aus sechs deutschen und sechs tschechischen Vertretern bestehen soll, mit dem Bürgermeister an der Spitze, wurde nicht stattgegeben. Nach langen Verhandlungen einigte man sich auf den Schlüssel 7:4. Die Vereidigung der tschechischen Beamten soll erst nach Vereidigung der Friedensverhandlungen erfolgen.

Zu künftigen Zusammenkünften kam es nach einem stark verärgerten Bericht der „Humanität“ in Paris, als die Polizei eine Arbeiterversammlung auflöste, in der die Genossen Paul Haume und Joubert mit Benutzung erklärt hatten, daß von den Ufern des Rheins bis nach dem dunklen Osten jetzt die rote Fahne flattere. Es gab mehrere Verletzte.

Infolge der Kohlennot in Wien werden sämtliche Wiener Schulen vom 14. Dezember bis zum 7. Januar geschlossen.

Für den veranlaßten Streikfall hat Peru die Vermittlung des Präsidenten Wilson angenommen.

Wilson's Entschliessung. Nichtamtlich verlautet in New York, daß Wilson nicht vor Ende Februar nach den Vereinigten Staaten zurückkehren werde.

Gewerkschaftliches.

Das Bankgewerbe und seine Angestellten.

Die Revolution hat auch im Bankgewerbe den gesamten Fragenkomplex des Arbeiterverhältnisses aufgerollt. In dem rein kapitalistisch orientierten Oberleitungsstab des Bankgewerbes sind sozialistische Bestrebungen auf ihre Angestellten. Sie grünten deren Organisationsbestrebungen oder beabsichtigen sie, wenn sie ihnen unbenommen wurde, mit Woyregulationen.

Hierin Wandel zu schaffen war eine der ersten Aufgaben, die sich die gewerkschaftliche Organisation, der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten, in der Geburtsstunde der Revolution stellte. Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden, bei den Angestellten unbezahlte Überstunden, jämmerliche Entlohnungen der Angestellten im Gegenatz zu fürstlichen Einkommen der Direktoren, Aufkündigung des Mitbestimmungsrechtes bei allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen, willkürliche Handhabung der Disziplinarstrafe, Heiratsverbote und sonstige Eingriffe in die persönlichen Rechte der Angestellten, alles das hatte auch in den Großbanken eine Stimmung erzeugt, die die Bankangestellten den abgrundtiefen Interessengegenatz erkennen ließen, der zwischen der schaffenden Arbeit und dem rentenfressenden Kapital besteht.

Nach den ersten Revolutionstagen schloß der Bankkassenverband die Gewerkschaften. Sie erklärten sich bereit, mit der Organisation über alle Fragen des Arbeiterverhältnisses zu verhandeln und mit ihr gemeinsam eine Lösung zu finden, die den veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht würde. Hinter dem Rücken der gewerkschaftlichen Organisation aber suchte und fand man dann Ansehung an den gelben deutschen Bankbeamten, die, der rummehr auf den Plan trat. Bei den Wahlen zum Arbeitererrat wogte natürlich diese Organisation nicht, ihre Firmenschilder zu zeigen. Ihre Schilde trugen sie als die freie Entfaltung der kaufmännischen Initiative (lies uneingeschränkte Disziplinlosigkeit und miserabile Gehälter) im Gegenatz zu den „Epartakulanten“, die die Angestellten brotlos machen wollten. Zu feige, selbst in die Kampfarene hinauszutreten, schiedten diese dunklen Ehrenmänner ihre anonymen Pfeile in einer Menge von Flugblättern los, die statt der sachlichen Forderung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bank-

Die goldene Sonne blühte vollendenden Angesichts über den Platz, und die Spähen zwischerten auf den Dächern. Der Bäckerjunge trat bei seinem Gange zu den Reichen das Milchmädchen, zeigte mit den mehloweissen Fingern nach dem Bergmann und lachte. Und je mehr der Tag erwachte, desto mehr und lauter lachte man über den Bergmann. Aus allen Stadtgegenden kamen Bürger herbei, standen gruppenweise in der Nähe des Wildwerks und lachten, eine Lockfrankheit schien die ganze Stadt erfasst zu haben. Wacker aber, der auch gelacht hatte, wurde nachdenklich und schließlich sehr ernst.

Da kam bedächtig wie ein Storch der dickwamige Volksgott daher. Eine Zange und ein Tuch hielt er in der Hand, und lachte durchaus nicht. Dafür lachte die Menge um so mehr, als er die Zange an die Stirn des Bergarbeiters setzte, und einen kreisförmigen Nagel herauszerriete. Doch nicht genug damit. Nun ergriff er das Tuch und wuschte einige Male über den Mund des Bergmanns. Davon wurde der rein, am Tuch aber liebte dunkelrote Marmelade.

Die Zeit des Kriegs war ernst auch für Waldenburg, man hat seitdem nicht wieder so lachen können. Wenn aber die häßlichen Schacharbeiter aus der Schicht kommen und hinüber schauen zu ihren vernagelten Kollegen, so fliegt um ihre Lippen doch hin und wieder ein Lächeln, das da deutlich genug sagt, wir wußten, daß wir die Dummen waren, aber wir waren uns unserer Stärke nicht bewußt.

R. Spannberg.

Er war gar nicht so verrückt . . .

Auf einer Bank im Park der Zrennanstraße sah — so erzählt die Kopenhagener Zeitung „Dagens Echo“ — ein Patient in der Sonne mit einer Angel in der Hand und tat, als ob er angeht. Die Schnur mit einem Wurm am Haken schaukelte über einer Gruppe Tulpen. Ein Herr kam vorbeizugehen: „Armer Diot“, dachte er, „es ist wirklich schade um ihn.“ Und laut fragte er: „Was tun Sie?“ — „Ich angie“, antwortete der Alte ernsthaft. „Ach so, und wie lange denken Sie hier zu sitzen?“ — „Den ganzen Tag.“ — „Hören Sie, kommen Sie lieber mit und trinken Sie eine Tasse Kaffee.“ Der Alte legte die Angel hin und ging mit dem freundlichen Herrn zu einem nahen Kaffeehaus. Da bekam er eine Tasse Kaffee und eine Zigarre. „Allo, Sie haben angeht?“ sagte der Herr. „Und wieviel haben Sie heute gefangen?“ Der Alte blies eine Rauchwolke von sich: „Die fünf der Viertel!“ antwortete er.

Kämpfer ein doch Geschimpfe über die verlorene Rentabilität der Banken enthalten. Die Herren Direktoren verwendeten sich überdies mit einem Eifer, der wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, bei allen geschäftlichen Körperlichkeiten dafür, daß die gelbe Organisation zu den Verhandlungen über den Normal-Arbeitsvertrag zugezogen würde.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten hat demgegenüber unbeirrt von allen Maßnahmen der Gelben und ihrer Schutzhorden sein gewerkschaftliches Programm hochgehalten. Bankleistungen wie Volkswirtschaft gegenüber vertritt er noch wie vor mit aller Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Verhandlungen über das Arbeitsverhältnis in den Großbanken sich auf der Basis abzuspielden haben, daß auf der einen Seite die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, auf der anderen Seite die organisierten Arbeitgeber über den zu schaffenden Arbeitsvertrag zu ringen haben.

Hierbei weiß der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten sich im Einklang mit dem Rate der Volkswirtschaftler und dem Vorschlag des Arbeiter- und Soldatenrates, ebenso wie mit der überwältigenden Mehrheit der Angestellten. Die Banken zu den Betriebsausschüssen in den Banken haben dies unzweifelhaft bemerkt. Alle gegenteiligen Nachrichten, die von Seiten der Direktoren sehr gewissenhaft in der Presse verbreitet werden, sind nur ein weiteres Mandat, auf dem bereits geschilderten Wege, die Angestellten irrezuführen und sie der gelben Organisation und ihren im Entschieden begriffenen Mitteln, den gelben Werksvereinen in die Arme zu treiben, um sie dort wieder mundtot zu machen und zu vergeblichen.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten darf noch seiner jahrelang betriebenen Aufklärungsarbeit die stolze Erwartung ausdrücken, daß Irreführungen und Gefahren zum Trotz, alle Bestände der Gelben und Direktoren scheitern werden an dem gesunden Sinne der Bankangestellten, den in der vorrevolutionären Ära großgezogen zu haben, welcher nicht sein kleines Verdienst ist. Carl Emonts.

Versammlung von 2000 Reinmachefrauen.

Die Reinmachefrauen der Kriegsgesellschaften und Reichsbehörden hielten am Donnerstag morgen im Deutschen Hof eine Versammlung ab, um gemeinsam über ihre Lage zu beraten. So viele Abteilungen die Kriegsgesellschaften und Reichsbehörden haben, so viele verschiedene Löhne werden noch gezahlt; und zwar sind 40 Pf. pro Stunde keine Seltenheit, in die Reichsbehörden hat ihren Betrieb einem „Unternehmer“ übergeben, der sich eine Reihe von Frauen angenommen und diese dort beschäftigt. Reichen Frauen in diesem Betrieb, dann haben die andern die Arbeit mit zu verrichten, erhalten aber keine Bezahlung dafür. Die Teuerungszulage beträgt vierteljährlich 2 M. bei denen, die gewöhnlich am Tage kommen, die nur einmal am Tage kommen, erhalten 1 M. Um aus dem traurigen Zustand herauszukommen, haben sich die Reinmachefrauen an den Verband der Hausangestellten gewandt und diesen beauftragt, sich ihrer Lage anzunehmen. In der Versammlung wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die am 12. Dezember 1918 im „Deutschen Hof“ versammelten Reinmachefrauen der Kriegsgesellschaften und Reichsbehörden erheben Protest gegen die ungenügenden Teuerungszulagen, die ihnen gewährt oder versprochen worden sind.

Sie beantragen ohne Rücksicht auf die Dauer der Tätigkeit in einem Betrieb 250 M. einmalige Teuerungszulage, sowie 10 Prozent für jedes Kind.

Außerdem verlangen sie eine erhebliche Erhöhung ihres Lohnes und beauftragen den Zentralverband der Hausangestellten mit der Vertretung ihrer Lohnforderungen. Die Reinmachefrauen verlangen den freien Sonnenabendmorgen unter Bezahlung der in dieser Zeit bisher gearbeiteten Stunden.

Die Versammelten geloben, daß sie nicht rasten werden, ehe nicht die letzte Reinmachefrau im Zentralverband der Hausangestellten organisiert ist.

Streik im Ruhrgebiet.

Über die Streikbewegung auf den Kohlenfeldern im Hammer Bezirk ist zu berichten, daß Dienstag nachmittag die Bergarbeiter auf sämtlichen Feldern der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ wieder eingeschritten sind. Auch auf der Zeche „Neumühl“, wo die Arbeiter in einen Sympathiestreik eingeschritten waren, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Dagegen hat der Streik weiter auf die ebenfalls zur Zeche-Gruppe gehörigen Zechen „Wilhelm I.“ und „Lohberg“ übergegriffen. Auf beiden Zechen streiken insgesamt 1400 Mann.

Streik bei Wertheim. Bei der Firma K. Wertheim konnten Differenzen nicht beigelegt werden. Sämtliche Angestellte und Arbeiter sind deshalb in allen Häusern in den Streik getreten. Der Anlaß dazu war, daß längere Verhandlungen wegen der Zahlung einer einmaligen Teuerungszulage in Höhe von 100 bis 500 M. je nach der Dauer der Tätigkeit wegen des geringen Entgegenkommens der Firma scheiterten. Die in den Warenhäusern Beschäftigten, das ist allgemein bekannt, haben in Bezug auf die Bezahlung schon immer hinter allen anderen Verufen zurückgeblieben. Auch die obigen Forderungen sind sehr bescheiden. Wir behaupten daher, daß die Firma nicht mehr Entgegenkommen gezeigt hat. Die Warenhäuser sind durch die guten Verdienste während der Kriegszeit wohl in der Lage, diese Forderungen, welche nur 1/3 Millionen Mark für mehr als 8000 Personen betragen, zu bewilligen. Es ist deshalb auch unverständlich, daß es die Firma zu Störungen des Betriebes kommen ließ. Wir zweifeln nicht daran, daß die Sympathien der Bevölkerung auf der Seite der Arbeiter und Angestellten stehen.

Maschinen, Feiler, sowie Berufsgenossen Groß-Berlins und Umgegend. Die Verfassungsgesetze haben in den Kriegsjahren schwer unter den minimalen Löhnen gelitten. Ueberstunden waren gang und gäbe. Dadurch wurde ein angemessener Lohn zurückgehalten. Die Zahl der unorganisierten Maschinen und Feiler mehr geben. Beiträge geschehen Engelstraße 15, Zimmer 28, und bei Hermann Holz, Resitzer, Gornemannstr. 13.

Groß-Berlin.

Revolutionärer Geist.

In den bewegten Tagen der Revolution drängen die Massen nach Erhebung und Erleuchtung. Sie wollen kräftige, anfeuernde Kraft haben und sind des trockenen Tones satt. Selbst gegen die Parteistreitigkeiten, sofern sie in das läbliche Gewässertum ausarten, besteht bei den Massen eine Abneigung. Sie wollen die Wahrheit, die volle, klare Wahrheit, aber sie soll über die Vergangenheit und Gegenwart hinaus den Weg zur Zukunft nicht verberren.

Der Geist, der jetzt in den Massen lebendig ist, muß gefördert werden. Es ist revolutionärer Geist. Die sozialistische Idee, die den Verklammungen der letzten Jahre gar oft nur den Rahmen gab, manchmal sogar in der Debe der zur Verhandlung stehenden Tagesereignisse völlig verflüchtigt, ist jetzt zur lebendigen Tatsache geworden. Der

Sozialismus, bisher nur Diskussionsstoff, steht im Brennpunkt des Tageslampes. Die Masse ist zur positiven Mitarbeit gerufen und bereit, an der Bereinigung der Arbeiterklasse tätigen Anteil zu nehmen. Sie ist kampfbereit und bedarf zur Führung dieses Kampfes neuer Waffen. Die alten sind vielfach abgestumpft. Neue Menschen sind aus dem Krieg hervorgegangen. Neue Menschen soll die Revolution erzeugen. Aus dem zerfallenden kritischen Geist, der seine Wirkung getan hat, indem er zerstückelt, was morisch und faul war, soll der tätige, schaffende Geist entstehen, der vernichtet, indem er aufbaut, der sammelt, indem er zerstört, der führend wird, indem er richtet.

Die Massen selber zusammenzufassen, sie zu einem Ganzen verknüpfen, ihr Wollen und Sehnen in eine Form zu gießen, sie mitreißend, forttragend, beidwändig: das ist Aufgabe der Versammlung. Dem gilt das Drängen der Massen. Deshalb versammeln sie sich in einem Raum, um eins zu werden unter einem Banner.

Verstehen wir dieses Sehnen recht. Sorgen wir dafür, daß es nicht unter dem Wust kleinlicher Tagesereignisse erstickt wird. Daß die Revolution nicht zu einer Angelegenheit der Parteikonflikte wird, sondern eine breite Angelegenheit des Volkes bleibt. Sonst wird wohl die Zeit ihr Gesicht verändern, aber ihr Wesen das alte bleiben und Resignation an Stelle der hinreichenden Kampfkraft treten.

Ein Ministerium für Volksgeundheit.

Der Hausarztverein Charlottenburg hielt im Volkshaus eine überaus stark besuchte öffentliche Versammlung ab, die zu diesem Thema Stellung nahm. Genosse Dr. Julius Wofes leste an einer großen Zahl von Mitständen, die heute noch der Gefährdung des Volkes entgegenstehen, die Notwendigkeit der sofortigen Arbeitsaufnahme eines solchen Ministeriums deutlich dar. Nur ein neues Ministerium mit einem Arzt an der Spitze kann die verheerenden Auswirkungen des Krieges auf die Volksgeundheit eindämmen. Sogleichige Maßnahmen sind erforderlich!

Dr. Magnus Hirschfeld gab ein ausführliches Exposé dieses Ministeriums. Er verlangte unbedingte Selbständigkeit der neuen Behörde, die aus etwa 16 Abteilungen bestehen, aus Hochschulen, nicht aber aus Juristen und Bürokraten zusammengekehrt werden müsse.

An die mit stürmischem Beifall aufgenommenen beiden Referate schloß sich eine äußerst lebhaft diskutierte, in der die zahlreich erschienenen Gäste wiederholt das Wort ergriffen. Aus der Versammlung wurde der Antrag gestellt, eine Deputation zu wählen, die sofort beim preussischen Ministerpräsidenten vorstellig werden und genaue Vorschläge für die Konstituierung des Gesundheitsministeriums vorlegen soll. Einstimmig gewählt wurden hierzu die Genossen Dr. Wofes, Dr. Magnus Hirschfeld, Dr. Bodan, Jacob, Leopold und Frau Kemnitz. Gleichfalls einstimmig gelangte die vom Verband der Hausarztvereine vorgelegte Resolution zur Annahme, die die Aufhebung des Ministeriums im Sinne der Referenten verlangte.

Revolution im Gastwirtsgewerbe.

Es ist doch eigentlich unerhört, was die Revolution alles fertig gebracht hat. Sogar der Herr Ober, der eigentlich in vielen Fällen bisher gar nicht wußte, was Organisation ist und nur Interesse für Bier und Spezialitäten hatte, ist aufgewacht und hat mit einmal begriffen, daß Trinkschuld, auch wenn sie von Junkern oder Kriegsgewinnlern gegeben werden, Almojen sind. Jetzt will er ein freier Arbeiter werden und Lohn für seine Arbeit vom Unternehmer haben.

„Da freut mich mein Leben gar nicht mehr“, sagt der Kaffeehändler und die Saure recken ihm zu Berge, wenn ihm mitgeteilt wird, von jetzt ab habe er 100 M. Wochenlohn zu zahlen und gearbeitet werde nur acht Stunden.

Es war aber auch die höchste Zeit, daß die Arbeiter im Gastwirtsgewerbe zur Besinnung kamen. Vierzehn und sechzehn Stunden Arbeitszeit waren bisher keine Seltenheit, Lohn gab es nur in seltensten Fällen und wo überhaupt welcher gezahlt wurde, überstieg er nie den Satz von 80 M. im Monat. Der Kellner war auf das Trinkgeld, d. h. auf die Gütmütigkeit der Gäste angewiesen, und wenn diese Einnahme zur Bezahlung seines Lebensunterhaltes nicht ausreichte, trat an ihm die Verachtung heran, die Gäste zu überfordern.

Dieses alles muß aufhören. In einem sozialistischen Staate oder auch nur in den Anfängen eines solchen darf es keinen Arbeiter geben, der sich eine derartige Bezahlungsart gefallen läßt. Nachdem in mehreren öffentlichen Versammlungen der Gedanke „Ablösung des Trinkgeldes durch feste Löhne“ propagiert worden war, haben nunmehr die Caféschlücker beschlossen, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen. Sie verlangen 100 M. Wochenlohn. Unter den heutigen Verhältnissen kann diese Forderung wohl eher bewilligt, als übertrieben genannt werden. Aber ihre Einführung ist etwas neues, für die Unternehmer etwas Unerhörtes.

Wir begrüßen diesen Entschluß und hoffen, daß die gesamte Arbeiterschaft von Groß-Berlin den Kellnern bei der Durchführung ihrer Lohnforderung zur Seite stehen wird.

Wohnungsverhältnisse in Groß-Berlin.

Prof. Dr. Silberstein, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, sprach am Mittwoch abend im Bürgerklub des Rathauses über die Wohnungsverhältnisse in Groß-Berlin. Bei der Betrachtung berücksichtigte er neben den leerstehenden Wohnungen auch die gefüllten, die den Wohnungssuchenden zur Verfügung stehen. Nach amtlichen Feststellungen hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen in Groß-Berlin ununterbrochen abgenommen und dürfte angesichts der ungenügenden Bauaktivität weiter abnehmen. In Berlin ist die Zahl der leerstehenden allein in der Zeit vom 1. Mai 1917 bis dahin 1918 um rund 11 000 zurückgegangen und jetzt sollen nur noch 9000 vorhanden sein, also etwa 8,13 Prozent aller vorhandenen Wohnungen. Die Zunahme der Sterblichkeit erleichtert wohl den Wohnungsmarkt, erwinde aber nicht von der Pflicht der Fürsorge. 1918 sind in Berlin 28 000 Personen gestorben, 1917 schon 34 000, obgleich über 100 000 Männer im Felde standen. Im Oktober 1918 kamen 5385 Sterbefälle zur Meldung, gegen 2018 im Oktober 1913 und 3500 im November 1918. Angesichts dieser Opfer der Grippe, Lungenerkrankung usw. erfordert die Wohnungsfürsorge alle Aufmerksamkeit und durchgreifende Maßnahmen, denn in den meisten Berliner Vororten hätten sich die Verhältnisse noch schärfer gestaltet. Schon würden Behelfsbauten von den Behörden in Berlin und den Vororten ausgeführt. Der Vortragende befürwortete mit Hochdruck die Anlage von Dachgärten für Kinder usw., die Errichtung von Lungenschulen für Männer und Frauen und schloß mit einem Mahnruf, nicht zu verzagen, tüchtig zu arbeiten, mehr zu arbeiten als sonst und nie nachzulassen in der Arbeit, d. h. zu arbeiten früh und spät, um Deutschlands Ansehen wieder zur Geltung zu bringen, es hochzuhalten und zu befestigen.

Charlottenburger Gesundheitspflege.

Der Charlottenburger Gesundheitsausschuss für die Demobilisation hat in seiner letzten Sitzung die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Angeriefer und übertragbaren Krankheiten erweitert. Ende November ist die Schwimmhalle des

Volkshauses provisorische Desinfektionsanstalt für die heimkehrenden Truppen eingerichtet worden. Jetzt werden auch alle als Kasernenquartiere benutzten Räume, besonders Schulen, vor Wiederbenutzung einer gründlichen Reinigung und Desinfektion unterzogen. Weiter soll neben der bisherigen unentgeltlichen Beratung von Geschlechtskranken im Krankenbause für Strafe für Benachteiligte Gelegenheit zur unentgeltlichen Behandlung geschaffen werden.

Der Demobilisierungsausschuss Groß-Berlin hat, einer Anregung aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen folgend, beschlossen, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise in Ost- und Schanewirtschaftsgewerbe während der Demobilisationszeit zu berufen. Vereine, die sich um Stellenvermittlung befassen und Mitgliederbeiträge erheben, sollen den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweisen gleichgestellt werden. Diese Anordnung ist erlassen, um die dringend nötige Konzentrierung des gesamten Arbeitsnachweises bei den hierfür bestehenden städtischen Einrichtungen zu sichern.

Ein Bankbeamten-Parlament in Berlin. Die Comités der Aktienbankinstitute Groß-Berlins haben sich entschlossen, ein Filialinstitut im Reich aufzufordern, zu Sonntag, den 15. Dezember, einen Delegierten zu einem Bankbeamten-Parlament nach Berlin zu entsenden. Die Tagung findet im Plenarsitzungsraum des Personenhauses statt. Alle Bankpläne Deutschlands werden dringend aufgefordert, hierzu mindestens einen Vertreter aus Angestelltenkreisen zu entsenden. Die Tagung beginnt vormittags pünktlich 10 Uhr. Als Referenten sind in Aussicht genommen: Handelsminister Hirschfeld, Professor Dr. Ledebor von der Sozialwissenschaftskommission, sowie die Führer der gewerkschaftlichen Bankbeamtenorganisation Ratz und Emonts. Auskunft, Berlin W. 8, Französischestr. 21.

Eine Arbeits- oder Stellenvermittlung unterhält der Volkshausrat nicht, wie er unternimmt. Arbeitsuchende wenden sich an die zuständigen Stellen, den Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Gornemannstr. 13, oder an den kaufmännischen Stellennachweis, Währlichen Arbeitsnachweis, Viktorstr. 10. Gebalten sie keine Beschäftigung, tritt die für die Gemeinden Groß-Berlin eingerichtete Erwerbslosenfürsorge ein, an die sich die Arbeitslosen nach Enttagung in die Arbeitslosenkasse wenden können.

Aus den Organisationen.

1. Wahlkreis. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Obmann Leide nahm in der Kreisgeneralversammlung des 8. Kreises Ledebour das Wort zur Charakterisierung der politischen Lage. Er richtete auf die sich geltend machenden gegenrevolutionären Strömungen hin und wies die Aufgaben der künftigen Partei. Er hält den Eintritt unserer Partei in die Regierung für einen schweren Fehler, denn der Grund, daß es uns an geeigneten Kräften zur Behebung der Kammer gefehlt hätte, trifft nicht zu. In unserer Zeit wird in der Regierung die Allianzfähigkeit gelähmt. Genosse Ledebour geisterte insbesondere in Richtung Eberth gegenüber den linken Vorparlamenten und gab der Bekämpfung Ausdruck, daß die unabhängigen Mitglieder des Kabinetts nur im Schlepptau der Regierungspolitiker kommen und daß auf diese Weise die Erregung der Revolution gefährdet ist. Die Zusammenarbeit unserer Parteigenossen im Kabinettschiff eine Verwirrung bei den Parteigenossen auf dem Lande, bei denen sich die großen grundsätzlichen Unterschiede zwischen beiden sozialistischen Parteien verrieten. Solche die Erregungsschancen der Revolution durch Arbeiter- und Soldatenräte oder durch eine plötzlich zusammengerufenen Nationalversammlung gefährdet werden. Die Nationalabstimmung bedeutet geradezu eine Gefährdung der Revolution, weil die notwendige Auffklärung bis zum 16. Februar nicht erfolgen kann. Sollte die Nationalabstimmung dennoch zu diesem Termin zustandekommen, so müssen wir uns doch energisch daran beteiligen. Der Redner beschloß sich fernerhin mit der Darstellung des Wahlverfahrens und zeigt die Mängel, die bei der Bindung der Listen entstehen können. Er fordert demgegenüber auf, den revolutionären Willen nachzubehalten. Man wird finden, daß durch die Weltrevolution allem Arien und aller Ausbeutung ein Ende bereitet wird. In der Debatte legt Gen. Dr. Rosenfeld die Gründe dar, die zum Eintritt unserer Genossen in die Regierung geführt haben. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen spielt die Nationalabstimmung die größte Rolle, sie wird als schwere Bedrohung der sozialistischen Republik angesehen. Im Wahlkampf müssen alle Kräfte zur Aufklärung mobil gemacht werden. Die Versammlung stellt sich geschlossen auf diesen Standpunkt. Ein Antrag auf halbtägige Forderung eines Parteitag wird angenommen, ebenso Anträge auf Aufhebung der Wahlkreisgrenzen in Berlin und Vorbereitung von Agitationsmaterial zum Wahlkampf. Eine Verschärfung der drei sozialistischen Parteien wird als unumgänglich erklärt. Es folgt sodann noch ein Bericht der Pressekommission.

Charlottenburg. Ratgeberversammlung der U. S. B. D. am Sonnabend, den 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenthalerstr. 1. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung 2. Die Nationalabstimmung. Vollständiger Besuch dringend notwendig. Der Vorstand.

Friedrichshagen. Die Parteimitglieder werden nachmals darauf hingewiesen zu der am Sonntag, den 15. Dezember, stattfindenden Hauspartei, morgens 8 Uhr, in der Sängerküche vollständig zu erscheinen.

4. Kreis. Am Montag finden fünf große Volksversammlungen statt, die sich mit der politischen Lage beschäftigen. Näheres befindet sich im Anhangsteil. Am zahlreichsten Besuch wird gebeten.

Koblenz und Delfer. Am Dienstag, den 17. Dezember abends 8 Uhr, findet im Gemeindefesthaus, Engelstraße 15, ein Vertrauensmännerkongress der Koblenzer und Delfer statt. Es sind auch diejenigen Kollegen einzuladen, die nur Postkarte bekommen haben. Otto Krach, Berlin S. 59, Urbanstr. 64.

Aus aller Welt.

Schwere Explosion bei Strahburg.

Die Pariser Blätter berichten, hat sich in der Nähe von Strahburg eine schwere Explosionskatastrophe ereignet. In einer Sperrbatterie geriet dort aufgestapelte Munition in Brand. Durch die Explosion sind zahlreiche Menschen getötet und erhebliche Werte von Material vernichtet worden.

Kohlenstoffexplosion.

Washington, 11. Dezember. Bei einer Kohlenstaubexplosion an Bord des Kreuzers „Brooklyn“ in Honolulu wurden sechs Mann getötet und 30 verwundet.

Verhaftete Eisenbahnmörder.

Darmstadt, 12. Dezember. Dem Sicherheitsdienst des Obersten Marinears der Niederlande ist es gelungen, auf dem Güterbahnhof Hamburg-Neudorf etwa 50 Rüstler- und Zivilpersonen, die Güterwagen erbrochen und Lebensmittel, Spirituosen usw. entwendet hatten, zu verhaften.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Hirschfeld, Berlin-Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft in Schiffbauerdamm 13.